

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
Einleitung	1
Teil 1 Der Tatortgerichtsstand im UWG – Normgenese und Reformbestrebungen	5
§ 1 Die Tatortgerichtsstände im UWG von 1896 und 1909	5
§ 2 Die Einführung eines uneingeschränkt geltenden Tatortgerichtsstands im UWG	9
§ 3 Die Einschränkung des Tatortgerichtsstands durch das UWG-Änderungsgesetz von 1994	10
§ 4 Reformüberlegungen des BMJ zum »fliegenden Gerichtsstand« im Verfahren der einstweiligen Verfügung	14
§ 5 Die geplante Erstreckung der Einschränkung des Tatortgerichtsstands auf Mitbewerber durch den RegE eines Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken	15
§ 6 Die Einschränkung des »fliegenden Gerichtsstands« durch das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs	18
Teil 2 Die Kritik des »fliegenden Gerichtsstands«	29
§ 1 Die mangelnde räumliche Sachnähe des Tatortgerichts	29
§ 2 Der »fliegende Gerichtsstand« als (vermeintlicher) Anreiz zu Abmahnmissbrauch	35
§ 3 Der »fliegende Gerichtsstand« als Problem für die prozessuale Waffengleichheit	64
§ 4 Die Gefahr der Mehrfachverfolgung von UWG-Verstößen an verschiedenen Gerichten	88
§ 5 Gesamtfazit zum zweiten Teil	89
Teil 3 Die Interessen am »fliegenden Gerichtsstand« im geltenden Recht ..	91
§ 1 Die Privilegierung des Klägers über den »fliegenden Gerichtsstand«	91
§ 2 Der »fliegende Gerichtsstands« als Instrument zur faktischen Verfahrenskonzentration auf spezialisierte Spruchkörper	94
§ 3 Der Beitrag des »fliegenden Gerichtsstands« zur objektiven Klagehäufung mit immaterialgüterrechtlichen Streitgegenständen	131
§ 4 Die Vermeidung von Regelungsabweichungen zu § 32 ZPO und Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO	136
§ 5 Gesamtfazit zum dritten Teil	146

Teil 4 Der »fliegende Gerichtsstand« im Falle einer verstärkten gesetzlichen Verfahrenskonzentration (§ 14 Abs. 3 UWG)	149
§ 1 Tatortgerichtsstands-Modelle im Falle einer verstärkten gesetzlichen Verfahrenskonzentration	150
§ 2 Zur praktischen Umsetzung der verstärkten gesetzlichen Verfahrenskonzentration	158
§ 3 Gesamtfazit zum vierten Teil	160
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Gesamtfazit	161
Abkürzungen	163
Literatur	167
Materialien	181
Sachregister	191

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einleitung	1
Teil 1 Der Tatortgerichtsstand im UWG – Normgenese und Reformbestrebungen	5
§ 1 <i>Die Tatortgerichtsstände im UWG von 1896 und 1909</i>	5
A. Regelungsinhalt und Zweck der Gerichtsstände im UWG	5
B. Abweichende Regelungssystematik des § 32 ZPO	7
C. Anwendbarkeit des § 32 ZPO im Bereich des UWG	7
§ 2 <i>Die Einführung eines uneingeschränkt geltenden Tatortgerichtsstands im UWG</i>	9
§ 3 <i>Die Einschränkung des Tatortgerichtsstands durch das UWG-Änderungsgesetz von 1994</i>	10
A. »Abmahn- und Gebührenvereine« als Anlass für die Einschränkung	11
B. Verhinderung von »forum shopping« als Argument für die Einschränkung des (»fliegenden«) Tatortgerichtsstand	12
§ 4 <i>Reformüberlegungen des BMJ zum »fliegenden Gerichtsstand« im Verfahren der einstweiligen Verfügung</i>	14
§ 5 <i>Die geplante Erstreckung der Einschränkung des Tatortgerichtsstands auf Mitbewerber durch den RegE eines Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken</i>	15
A. »Unseriöse Geschäftspraktiken« der Mitbewerber als Anlass der Einschränkung	15
B. Die Wiederherstellung prozessualer Waffengleichheit durch die Einschränkung des Tatortgerichtsstands	15
C. Der Verzicht auf die geplante Einschränkung	17
§ 6 <i>Die Einschränkung des »fliegenden Gerichtsstands« durch das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs</i>	18
A. Die fortbestehende Kritik am »fliegenden Gerichtsstand« im Kontext des Abmahnmissbrauchs als Anlass für eine Einschränkung des Tatortgerichtsstands im UWG	18
B. Die Beseitigung des (»fliegenden«) Tatortgerichtsstands in Inlandsfällen durch § 14 Abs. 2 S. 2 RefE StFairWG	19
C. Die Beseitigung des »fliegenden Gerichtsstands« durch § 14 Abs. 2 S. 2 RegE StFairWG	21
	XI

D.	Die Beseitigung des »fliegenden Gerichtsstands« für Zuwiderhandlungen im elektronischen Geschäftsverkehr oder in Telemedien gem. § 14 Abs. 2 S. 3 Nr. 1 UWG	26
Teil 2	Die Kritik des »fliegenden Gerichtsstands«	29
§ 1	<i>Die mangelnde räumliche Sachnähe des Tatortgerichts</i>	29
A.	Die Vorteile der räumlichen Sachnähe des Tatortgerichts im Allgemeinen	31
B.	Bewertung der räumlichen Sachnähe des Tatortgerichts in den typischen Fällen des »fliegenden Gerichtsstands« im UWG	34
§ 2	<i>Der »fliegende Gerichtsstand« als (vermeintlicher) Anreiz zu Abmahnmissbrauch</i>	35
A.	Der Vorwurf an den »fliegenden Gerichtsstand«	37
I.	Allgemeines	37
II.	Einzelertäuterungen	38
1.	Die Feststellungen in der Begründung des StFairWG als Ausgangspunkt	38
2.	Analyse der Feststellungen der Begründung des StFairWG	39
a)	Die in der Abmahnung »angedrohte Klage an einem weit entfernten Gericht«	39
b)	Die tatsächliche Gerichtsstandswahl bei der gerichtlichen Rechtsdurchsetzung	40
(1)	Der Bezugspunkt der »Missbrauchsgefahr«	40
(2)	Die tatsächliche Gerichtsstandswahl als Anreiz zu Abmahnmissbrauch	41
c)	Zwischenergebnis	42
B.	Die Bewertung des »fliegenden Gerichtsstands« als Anreiz zu Abmahnmissbrauch	43
I.	Die Tragweite des vorgeworfenen Anreizes zu Abmahnmissbrauch	43
1.	Der unklare tatsächliche Anteil missbräuchlicher Abmahnungen	43
2.	Überblick über den vom Abmahnmissbrauch typischerweise betroffenen Bereich	44
3.	Bewertung des »fliegenden Gerichtsstands«	45
II.	Kritische Würdigung der vorgeworfenen praktischen Auswirkungen des »fliegenden Gerichtsstands«	46
1.	Zur Tatsachengrundlage	46
a)	Die Androhung des Gerichtsstands in der Abmahnung	46
b)	Die tatsächliche Gerichtsstandswahl	47
(1)	Gerichtsverfahren nach missbräuchlicher Abmahnung	47
(2)	Die Tragweite einzelner Feststellungen zur konkreten Gerichtsstandswahl	48
(3)	Zur Plausibilität der Feststellungen	51
2.	Die mangelnde Schutzwürdigkeit der betroffenen Onlinehändler auf der Ebene der Gerichtsstandswahl	54
a)	Ausgangspunkt	54
b)	Die Zumutbarkeit von Rechtsverteidigung	55
c)	Keine Vergleichbarkeit mit der besonderen Schutzwürdigkeit von Verbrauchern	57

3. Zur Erforderlichkeit der Einschränkung des »fliegenden Gerichtsstands« zur Bekämpfung des Abmahnmissbrauchs	59
C. Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	62
§ 3 <i>Der »fliegende Gerichtsstand« als Problem für die prozessuale Waffengleichheit</i>	64
A. Ausgangspunkte	64
I. Die prozessuale Waffengleichheit und das Gerichtsstandssystem	64
II. Rechtsmissbrauch der Gerichtsstandswahl	66
B. Bewertung des »fliegenden Gerichtsstands« aus der Perspektive der prozessualen Waffengleichheit	70
I. Die Wahl nach Erfolgsaussichten	70
1. Teilweise Relativierung durch den Instanzenzug	71
2. Teilweise Relativierung durch einschränkende Auslegung des Begehungsortes	72
a) Bestimmungsgemäße Verbreitung und wettbewerbliche Relevanz	72
b) Mittelpunkt der klägerischen Interessen	74
3. Mittelbare Verhinderung der Gerichtsstandswahl durch den Mitbewerberbegriff?	76
4. Zur mehrfachen parallelen Antragsstellung und erneuten Antragsstellung nach Rücknahme	78
5. Zur Beschlussverfügung	79
6. Zur Dringlichkeitsfrist	80
7. Zur Kritik der Wahl von Gerichten, die »regelmäßig hohe Streitwerten festsetzen«	81
8. Kein Ausgleich durch die negative Feststellungsklage	83
II. Die Wahl eines Gerichts am Sitz des Klägers oder seines Prozessvertreters	84
III. Der ehemals bestehende Nachteil für den Beklagten bei der Einreichung von Schutzschriften	87
IV. Fazit	87
§ 4 <i>Die Gefahr der Mehrfachverfolgung von UWG-Verstößen an verschiedenen Gerichten</i>	88
§ 5 <i>Gesamtfazit zum zweiten Teil</i>	89
Teil 3 Die Interessen am »fliegenden Gerichtsstand« im geltenden Recht . . .	91
§ 1 <i>Die Privilegierung des Klägers über den »fliegenden Gerichtsstand«</i>	91
A. Vorüberlegung	91
B. Bewertung des »fliegenden Gerichtsstands« aus der Perspektive der Klägerprivilegierung	92
§ 2 <i>Der »fliegende Gerichtsstands« als Instrument zur faktischen Verfahrenskonzentration auf spezialisierte Spruchkörper</i>	94
A. Ausgangspunkte	95
I. Die »gerichtlichen Kompetenzzentren« im Lauterkeitsrecht	95

II.	Die Rechtsnähe des Tatortgerichts in den Fällen des »fliegenden Gerichtsstands«	97
B.	Zu den Vorteilen der faktischen Verfahrenskonzentration für den Lauterkeitsprozess	100
I.	Einheitlichere Rechtsprechung durch faktische Verfahrenskonzentration	100
II.	Besondere Sachkunde und Erfahrung der Richter durch faktische Verfahrenskonzentration	102
1.	Die (potenziellen) Vorteile der Kompetenzzentren	103
2.	Zum Bedarf der Kompetenzzentren aufgrund der Komplexität des Lauterkeitsrechts	105
a)	Ausreichende Spezialisierung über § 14 Abs. 1 UWG und keine Durchsetzungsdefizite zu Lasten der nach § 8 Abs. 2 Nr. 3 bis 4 UWG Klagebefugten	107
b)	Zur Behauptung des Mangels an Durchsetzungsdefiziten zu Lasten der nach § 8 Abs. 2 Nr. 3 bis 4 UWG Klagebefugten	112
c)	Der weitgehende Nichtgebrauch der Konzentrationsermächtigung als Argument gegen die Notwendigkeit der Kompetenzzentren?	113
III.	Aufrechterhaltung des Kompetenzzentren über den »fliegenden Gerichtsstand«	113
IV.	»Quasi-Ersatz« für die bislang schwache Zuständigkeitskonzentration nach § 14 Abs. 3 UWG	115
1.	Verwirklichung der mit § 14 Abs. 3 UWG verfolgten Zwecke	115
2.	Bewertung des »fliegenden Gerichtsstands«	116
C.	Verfahrenskonzentration auf spezialisierte Spruchkörper im Lauterkeitsrecht als Vorgabe der UGP-RL?	117
I.	Die Bedeutung der Begriffe Durchsetzungsmittel (Art. 11 UGP-RL) und Sanktion (Art. 13 UGP-RL)	119
II.	Die Vorgabe zur Sicherstellung geeigneter und wirksame Durchsetzungsmittel als Vorgabe für eine Verfahrenskonzentration auf spezialisierte Spruchkörper?	120
III.	Ergebnis	121
D.	Allgemeiner (verfassungsrechtlicher) Justizgewährungsanspruch auf spezialisierte Spruchkörper im Lauterkeitsrecht?	121
I.	Der allgemeine Justizgewährungsanspruch	122
II.	Spezialisierte Spruchkörper im UWG als Gebot effektiven Rechtsschutzes?	122
E.	Der Beitrag zum Bestreben nach einer stärkeren richterlichen Spezialisierung im Zivilverfahren sowie zu einem starken Justizstandort Deutschland	125
F.	Fazit	128
§ 3	<i>Der Beitrag des »fliegenden Gerichtsstands« zur objektiven Klagehäufung mit immaterialgüterrechtlichen Streitgegenständen</i>	131
A.	Ausgangspunkte	131
B.	Die Bedeutung des »fliegenden Gerichtsstands« für die objektive Klagehäufung	133
I.	Klagehäufung am allgemeinen Gerichtsstand	133
II.	Klagehäufung am Gericht für Kennzeichen- oder Designstreitsachen	134
III.	Die Klagehäufung mittels des »fliegenden Gerichtsstands«	134

IV. Fazit	135
§ 4 <i>Die Vermeidung von Regelungsabweichungen zu § 32 ZPO und Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO</i>	136
A. Die Vermeidung von (Wertungs)Widersprüchen zu § 32 ZPO und Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO	136
B. Zuwiderlaufen der angestrebten Harmonisierung in der EU	139
C. Zu den Vorwürfen der Inländer- und Ausländerdiskriminierung	140
I. Überblick über die Vorwürfe	140
II. Bewertung	142
D. Fazit	145
§ 5 <i>Gesamtfazit zum dritten Teil</i>	146
Teil 4 Der »fliegende Gerichtsstand« im Falle einer verstärkten gesetzlichen Verfahrenskonzentration (§ 14 Abs. 3 UWG)	149
§ 1 <i>Tatortgerichtsstands-Modelle im Falle einer verstärkten gesetzlichen Verfahrenskonzentration</i>	150
A. Modell 1): Keine tatbestandliche Einschränkung des (»fliegenden«) Tatortgerichtsstands	150
B. Modell 2): Beseitigung des (»fliegenden«) Tatortgerichtsstands im UWG ...	152
C. Modell 3): Tatbestandliche Beseitigung des »fliegenden Gerichtsstands« unter Beibehaltung des Tatortgerichtsstands	154
D. Fazit	158
§ 2 <i>Zur praktischen Umsetzung der verstärkten gesetzlichen Verfahrenskonzentration</i>	158
A. Umfang der gesetzlichen Verfahrenskonzentration	158
B. Das praktische Problem der gesetzlichen Verfahrenskonzentration	159
§ 3 <i>Gesamtfazit zum vierten Teil</i>	160
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Gesamtfazit	161
Abkürzungen	163
Literatur	167
Materialien	181
Sachregister	191